

Liestal, 9. November 2021 / BUD

Stellungnahme

Vorstoss	Nr. 2021/216
Motion	von Andi Trüssel
Titel:	Unterstützung für Ersatz von alten nicht subventionierten alternativen Heizsystem
Antrag	Vorstoss ablehnen

1. Begründung

Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer, die ihr fossiles Heizsystem bereits vor mehreren Jahrzehnten ersetzt haben, sind Pioniere. Der Regierungsrat ist sich sehr wohl bewusst, dass solche Pioniere einen genauso wichtigen Beitrag zu den energie- und klimapolitischen Zielsetzungen geleistet haben, wie Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer, welche diesen Schritt erst heute vollziehen.

Allerdings werden bei einem 1:1-Ersatz eines erneuerbaren Heizsystems im Vergleich zum Ausgangszustand heute nahezu keine zusätzlichen CO₂-Emissionen mehr eingespart. Eine finanzielle Förderung eines solchen 1:1-Ersatzes würde somit keine oder lediglich eine geringe CO₂-Wirkung erzielen. Der Bund entrichtet aus diesem Grund an einen solchen 1:1-Ersatz keine Globalbeiträge, da die Wirkung zu gering ausfällt (Art. 104 Abs. 2 Bst. b CO₂-Verordnung). Hinzu kommt, dass ein solcher Fördertatbestand im Harmonisierten Fördermodell der Kantone (HFM) nicht vorgesehen ist.

Würde ein solcher 1:1-Ersatz im Kanton Basel-Landschaft gleichwohl gefördert, müssten die entsprechenden Förderbeiträge demnach vollumfänglich aus kantonalen Mitteln bestritten werden. Regierungsrat und Landrat haben in den Beratungen über die Vorlage 2019/457 betreffend Ausgabenbewilligung für das «Baselbieter Energiepaket» aber mehrfach betont, dass sich die kantonale Förderung bewusst auf Fördertatbestände beschränken soll, die im HFM 2015 behandelt werden und für die der Kanton vom Bund Globalbeiträge erhält. Würde ein solcher 1:1-Ersatz aus kantonalen Mitteln gefördert, stünden die dafür eingesetzten kantonalen Mittel nicht mehr für andere, globalbeitragsberechtigte Fördertatbestände zur Verfügung. Das würde bedeuten, dass der Kanton für die dafür eingesetzten kantonalen Mittel Globalbeiträge in rund dreifacher Höhe verspielen würde.

Die Befürchtung, Gebäudeeigentümer und Gebäudeeigentümerinnen könnten ohne Förderbeiträge wieder vermehrt zu fossil betriebenen Heizsystemen zurückwechseln, ist aus Sicht des Regierungsrats unbegründet, weil ein solcher Wechsel schon rein aus ökonomischen Gesichtspunkten als nicht sinnvoll einzustufen ist